

Inhaltsübersicht »Die Steuerberaterprüfung« Bände 1–3

Band 1:	Ertragsteuerrecht
Teil A	Einkommensteuer I – Kernbereiche
Kapitel I	Grund- und Strukturfragen bei der Einkommensteuer
Kapitel II	Der Zustandstatbestand – Überschusseinkünfte
Kapitel III	Der Zustandstatbestand – Gewinneinkünfte
Kapitel IV	Der Erwerbsaufwand (das objektive Nettoprinzip) und § 12 EStG
Kapitel V	Das subjektive Nettoprinzip inklusive der Berücksichtigung der Kinder und der Besteuerung der Alterseinkünfte
Teil B	Einkommensteuer II – Übergreifende Komplexe
Kapitel I	Personelle Zurechnung (Drittaufwand, Nießbrauch/Treuhand, Angehörigenverträge u. a.)
Kapitel II	Realisationstatbestände (Steuerentstrickung im Privatvermögen/Betriebsvermögen vs. betriebliche Umstrukturierung)
Kapitel III	Einkommensteuer – Rechtsnachfolge (vorweggenommene Erbfolge, Erbfall und Erbauseinandersetzung)
Kapitel IV	Verluste im Ertragsteuerrecht
Teil C	Gewerbsteuer
Kapitel I	Einführung und Berechnungsschema
Kapitel II	Steuergegenstand und Steuerpflicht
Kapitel III	Die Besteuerungsgrundlage (§§ 6 bis 9 GewStG)
Kapitel IV	Spezifika der Gewerbsteuer
Teil D	Internationales Steuerrecht
Kapitel I	Strukturierung der Fallgestaltungen im internationalen Steuerrecht (inklusive der Grenzpendlerproblematik)
Kapitel II	Die deutschen Doppelbesteuerungsabkommen (DBA)
Kapitel III	Auslandsbeziehungen eines Steuerinländers (Fälle der unbeschränkten Steuerpflicht)
Kapitel IV	Regelungsbereiche des Außensteuergesetzes (AStG)
Kapitel V	Besteuerung der Steuerausländer im Inland
Band 2:	Unternehmenssteuerrecht und Steuerbilanzrecht
Teil A	Besteuerung der Einzelunternehmen
Kapitel I	Grundfragen der Gewinnermittlung (inklusive § 4 Abs. 3-Rechnung)
Kapitel II	Die Bilanzierung
Kapitel III	Einzelne Aktivposten
Kapitel IV	Rechnungsabgrenzungsposten
Kapitel V	Geringwertige Wirtschaftsgüter
Kapitel VI	Einzelne Passivposten
Kapitel VII	Übertragung von Wirtschaftsgütern auf andere Betriebsvermögen
Kapitel VIII	Technische Fragen
Teil B	Besteuerung der Personengesellschaft als Mitunternehmerschaft
Kapitel I	Grundfragen zur Mitunternehmerschaft inklusive Einkunftsermittlung

Kapitel II	Das Betriebsvermögen und die Ermittlung des laufenden Gewinns bei der Mitunternehmerschaft
Kapitel III	Die Doppelgesellschaften im Konzept der Mitunternehmer-Besteuerung
Kapitel IV	Anfang und Ende einer Personengesellschaft
Kapitel V	Die Beteiligung an einer Personengesellschaft inklusive Personenstandsänderungen, insbesondere die Veräußerung
Kapitel VI	Sonderfragen
Kapitel VII	Das KöMoG
Kapitel VIII	Das MoPeG
Teil C	Körperschaftsteuerrecht
Kapitel I	Grundlagen der Besteuerung von Körperschaften
Kapitel II	Die persönliche Körperschaftsteuerpflicht
Kapitel III	Die sachliche Körperschaftsteuerpflicht
Kapitel IV	Die steuerliche Behandlung der Ergebnisverwendung bei Kapitalgesellschaften
Kapitel V	Die Bedeutung der Organshaft
Kapitel VI	Die steuerliche Behandlung von Kapitalmaßnahmen
Teil D	Umwandlungssteuerrecht
Kapitel I	Zivilrechtliche Grundlagen der Umwandlung
Kapitel II	Steuerrechtliche Grundlagen der Umwandlung
Kapitel III	Umwandlung von der Kapitalgesellschaft auf die Personengesellschaft
Kapitel IV	Verschmelzung von Kapitalgesellschaften
Kapitel V	Spaltung
Kapitel VI	Einbringung in eine Kapitalgesellschaft
Kapitel VII	Formwechsel
Band 3:	Verfahrensrecht, Umsatzsteuerrecht, Erbschaftsteuerrecht
Teil A	Abgabenordnung und Finanzgerichtsordnung
Kapitel I	Einführung
Kapitel II	Allgemeines Steuerschuldrecht
Kapitel III	Haftung
Kapitel IV	Steuerverwaltungsakte
Kapitel V	Das steuerliche Verwaltungsverfahren
Kapitel VI	Aufhebung, Änderung und Berichtigung von Steuerverwaltungsakten
Kapitel VII	Das außergerichtliche Rechtsbehelfsverfahren
Kapitel VIII	Das finanzgerichtliche Verfahren
Kapitel IX	Vorläufiger Rechtsschutz
Kapitel X	Vollstreckung von Steueransprüchen (§§ 249 ff. AO)
Kapitel XI	Die Außenprüfung (§§ 193 ff. AO)
Kapitel XII	Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten
Teil B	Umsatzsteuerrecht
Kapitel I	Einführung
Kapitel II	Hinweise für die Bearbeitung von Umsatzsteuerklausuren

Kapitel III	Unternehmer und Unternehmen als Anknüpfungspunkte des Umsatzsteuerrechts
Kapitel IV	Leistungen (Lieferungen und sonstige Leistungen)
Kapitel V	Einzelfragen zum Leistungsaustausch
Kapitel VI	Inland/Ausland/Drittland/Gemeinschaftsgebiet
Kapitel VII	Geschäftsveräußerung im Ganzen (§ 1 Abs. 1a UStG)
Kapitel VIII	Steuerbefreiungen entgeltlicher Inlandsumsätze (§ 4 UStG)
Kapitel IX	Bemessungsgrundlage (§ 10 UStG) und Steuersatz (§ 12 UStG)
Kapitel X	Entstehen und Fälligkeit der Steuer
Kapitel XI	Leistungsempfänger als Steuerschuldner (Reverse-Charge-Verfahren)
Kapitel XII	Besteuerung unentgeltlicher Wertabgaben
Kapitel XIII	Unrichtiger oder unberechtigter Steuerausweis (§ 14c UStG)
Kapitel XIV	Grenzüberschreitende Warenbewegungen
Kapitel XV	Vorsteuerabzug (§ 15 UStG)
Kapitel XVI	Berichtigung des Vorsteuerabzugs (§ 15a UStG)
Kapitel XVII	Besteuerungsverfahren
Teil C	Erbschaftsteuerrecht
Kapitel I	Das Erbschaftsteuerrecht inklusive der erbrechtlichen Grundlagen
Kapitel II	Schenkungsteuerrecht: Vermögensübertragungen zu Lebzeiten im Erbschaftsteuergesetz
Kapitel III	Das Binnenrecht des Erbschaftsteuergesetzes (inkl. Bewertung)

Inhaltsverzeichnis

Die Herausgeber	7
Die Autoren	7
Vorwort der Herausgeber zur 23. Auflage (Prüfung 2024)	8
Vorwort der Autoren zur 23. Auflage (Prüfung 2024)	9
Inhaltsübersicht »Die Steuerberaterprüfung« Bände 1–3	12
Themen des Prüfungsstoffs, geordnet nach Prüfungstagen	15
Abkürzungsverzeichnis	35

A Besteuerung der Einzelunternehmen

45

I Grundfragen der Gewinnermittlung (inklusive § 4 Abs. 3-Rechnung)	47
1 Betriebsvermögensvergleich und Einnahmenüberschussrechnung	47
1.1 Überblick	47
1.2 Der technische Unterschied im Einzelnen	47
1.3 Der Personenkreis für die Überschussrechnung	49
1.4 Wahl der Ermittlungsart	49
2 Die Überschussrechnung im Einzelnen	50
2.1 Der »Überschuss« der Betriebseinnahmen über die Betriebsausgaben	50
2.1.1 Die Betriebseinnahmen im Gewinnsteuerrecht	50
2.1.2 Besonderheiten bei den Betriebseinnahmen	51
2.1.3 Die Sonderbehandlung durchlaufender Posten (§ 4 Abs. 3 S. 2 EStG)	53
2.2 Die Technik des § 11 EStG	54
2.2.1 Leistungen an Erfüllungs statt und erfüllungshalber	54
2.2.2 Der »kurze Zeitraum« bei den regelmäßig wiederkehrenden Betriebseinnahmen und -ausgaben	54
2.2.3 § 11 EStG und der Betriebsausgaben-Abfluss	55
2.3 Einzelne Posten der Überschussrechnung	56
2.3.1 Das Umlaufvermögen	56
2.3.2 Das abnutzbare Anlagevermögen	57
2.3.3 Das nicht abnutzbare Anlagevermögen	60
2.4 Spezialfragen der Überschussrechnung	61
2.4.1 Entnahmen und Einlagen (technische Fragen)	61
2.4.2 Die Bedeutung von (Bar-)Geld	65
2.4.3 Probleme mit der Umsatzsteuer bei der Überschussrechnung	65
2.4.4 Der Tausch	67
2.4.5 Gewillkürtes Betriebsvermögen bei § 4 Abs. 3 EStG	68
2.4.6 § 4 Abs. 3 EStG bei Erwerb und Verkauf mit wiederkehrenden Zahlungen ..	68
2.4.7 Zusammenfassung (Schema zur § 4 Abs. 3-Rechnung)	69
2.5 Der Wechsel der Gewinnermittlung	74
2.5.1 Gründe für den Wechsel	74
2.5.2 Das technische Problem und die Lösung	74
2.5.3 Zusammenfassende Fallstudie	76
2.5.4 Ausgewählte Fragen zum Wechsel	84

3	Bedeutung der Entnahmen und Einlagen bei der Gewinnermittlung	85
3.1	Arten und Notwendigkeit der einzelnen Korrekturposten – Übersicht	85
3.2	Die Entnahmen beim Einzelunternehmer	88
3.3	Die Einlagen beim Einzelunternehmer	91
3.3.1	Grundzüge und Wirkungsweise der Einlage	91
3.3.2	Gegenstand der Einlage, insbesondere die Nutzungs(-aufwands-)einlage ..	91
3.3.3	Die Bewertung der Einlage	92
3.4	Gesellschaftsrechtliche Privatvorgänge, insbesondere die Einlage	93
3.4.1	Der Privatbereich und die gesellschaftsrechtliche Gewinnermittlung – Überblick	93
3.4.2	Steuerrechtliche Fragen zum Privatbereich der Personengesellschafter ...	95
3.4.3	Der Privatbereich der Gesellschafter bei einer Kapitalgesellschaft, insbesondere die verdeckte Einlage	97
3.5	Erweiterter Anwendungsbereich: neue (nichtfiskalische) Betätigungsfelder für Entnahmen/Einlagen	99
4	Absetzung für Abnutzung	99
4.1	Planmäßige Abschreibung auf das abnutzbare Anlagevermögen – Absetzung für Abnutzung und Substanzverringerung (ohne Gebäude-AfA)	99
4.1.1	Einführung (Zweigleisigkeit der AfA)	99
4.1.2	Die planmäßige AfA im Steuerrecht – Überblick	100
4.1.3	Die Ausnahme: Absetzung für außergewöhnliche technische oder wirtschaftliche Abnutzung (§ 7 Abs. 1 S. 7 EStG)	102
4.1.4	Beginn und Ende der AfA	103
4.1.5	Die Bemessungsgrundlage bei der AfA (R 7.3 EStR)	103
4.1.6	Nachträgliche Herstellungskosten	104
4.1.7	Nachholung unterlassener AfA (H 7.4 EStH und H 7.5 EStH)	104
4.1.8	AfA nach außergewöhnlicher Absetzung oder Teilwertabschreibung	105
4.1.9	AfA nach Gewährung eines Zuschusses in einem auf das Jahr der Anschaffung oder Herstellung folgenden Wirtschaftsjahr	105
4.1.10	Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz bei der Wahl der linearen oder degressiven AfA	105
4.2	AfA bei Gebäuden	105
4.2.1	Allgemeines	105
4.2.2	Lineare AfA nach § 7 Abs. 4 EStG	106
4.2.3	Sonder-AfA bei Gebäuden nach § 7b EStG	111
4.2.4	Staffel-degressive AfA nach § 7 Abs. 5 EStG	112
4.2.5	AfA bei Personengesellschaften (bei Mitunternehmern)	113
4.2.6	Nachholung unterlassener AfA	114
4.2.7	Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz bei der Wahl der linearen oder degressiven AfA	114
4.2.8	AfA bei selbständigen Gebäudeteilen	114
4.3	Gemeinsame Vorschriften für erhöhte Absetzungen und Sonderabschreibungen (§ 7a EStG, R 7a EStR)	114
4.3.1	Nachträgliche Herstellungs- oder Anschaffungskosten	114
4.3.2	Nachträgliche Minderung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten	115
4.3.3	Mindestabsetzung bei erhöhten Absetzungen	116
4.3.4	AfA neben Sonderabschreibungen	116
4.3.5	Kumulierungsverbot	116
4.3.6	Abschreibungen bei mehreren Beteiligten	116

	4.3.7	Buchmäßiger Nachweis	117
	4.3.8	AfA nach Sonderabschreibungen	117
4.4		Investitionsabzugsbetrag und Sonderabschreibung gemäß § 7g EStG	119
	4.4.1	Regelung des § 7g EStG	119
	4.4.2	Persönliche Voraussetzungen	119
	4.4.3	Sachliche Voraussetzungen	119
	4.4.4	Höhe des Investitionsabzugsbetrags (§ 7g Abs. 1 EStG)	120
	4.4.5	Höhe der Sonderabschreibung (§ 7g Abs. 5 EStG)	120
	4.4.6	Begünstigte Wirtschaftsgüter (§ 7g Abs. 1 S. 1 EStG)	120
	4.4.7	Hinzurechnung des Investitionsabzugsbetrags (§ 7g Abs. 2 S. 1 EStG)	120
	4.4.8	Herabsetzung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten (§ 7g Abs. 2 S. 3 EStG)	120
	4.4.9	Rückgängigmachung des Abzugs	121
	4.4.10	Anwendung bei Personengesellschaften	121
	4.4.11	Abschließende Beispiele	122
II		Die Bilanzierung	125
1		Bilanzierungsgrundsätze	125
	1.1	Allgemeines	125
	1.2	Das Prinzip der Maßgeblichkeit	125
	1.2.1	Allgemeines	125
	1.2.2	Durchbrechung der Maßgeblichkeit	126
	1.2.3	Aufstellung einer abweichenden Steuerbilanz	127
	1.2.4	Anpassung der Bilanzposten außerhalb der Bilanz	129
	1.2.5	Schematische Darstellung der Abweichungen zwischen Handelsbilanz und Steuerbilanz	130
	1.3	Bilanzierung dem Grunde nach (Ansatz)	135
	1.4	Vermögensgegenstand/Wirtschaftsgut	135
	1.5	Zurechnung der Vermögensgegenstände	136
	1.5.1	Allgemeine Grundsätze	136
	1.5.2	Das Finanzierungsleasing als besondere Form des wirtschaftlichen Eigentums	137
	1.6	Mietereinbauten	141
	1.6.1	Allgemeines	141
	1.6.2	Scheinbestandteile	141
	1.6.3	Betriebsvorrichtungen	141
	1.6.4	Sonstige Mietereinbauten/Mieterumbauten	141
	1.7	Zuordnung	144
	1.7.1	Grundsatz	144
	1.7.2	Notwendiges Betriebsvermögen	145
	1.7.3	Privatvermögen	145
	1.7.4	Gewillkürtes Betriebsvermögen	145
	1.7.5	Gliederung des Betriebsvermögens	145
	1.8	Bilanzierungsverbote	146
2		Bewertungsfragen	146
	2.1	Bewertungsgrundsätze	146
	2.1.1	Allgemeines	146
	2.1.2	Die einzelnen Grundsätze	146
	2.1.3	Anwendungsgrundsätze für die Wertaufhellung	149

2.2	Bewertungsvorschriften nach Handels- und Steuerrecht	152
2.3	Handelsrechtliche Bewertung des abnutzbaren Anlagevermögens	152
2.3.1	Steuerrechtliche Bewertung des abnutzbaren Anlagevermögens	153
2.3.2	Handelsrechtliche Bewertung des nicht abnutzbaren Anlagevermögens ..	154
2.3.3	Steuerrechtliche Bewertung des nicht abnutzbaren Anlagevermögens	154
2.3.4	Handelsrechtliche Bewertung des Umlaufvermögens	155
2.3.5	Steuerrechtliche Bewertung des Umlaufvermögens	155
2.3.6	Voraussichtlich dauernde Wertminderung und Wertaufholung im Steuerrecht	156
3	Bewertungsmaßstäbe und Erwerbsmodalitäten	162
3.1	Anschaffungskosten	162
3.1.1	Handelsrecht	162
3.1.2	Steuerrecht	162
3.2	Herstellungskosten	170
3.2.1	Handelsrecht	170
3.2.2	Steuerrecht	171
3.3	Börsen- oder Marktpreis	174
3.4	Beizulegender Wert	175
3.5	Teilwert	175
3.5.1	Allgemeines	175
3.5.2	Vermutungen für die Höhe des Teilwerts (Teilwertvermutung)	176
3.5.3	Widerlegung der Teilwertvermutung	176
3.5.4	Besonderheit bei der Bestimmung der Höhe der Teilwertabschreibung ...	176
3.6	Gemeiner Wert	177
III	Einzelne Aktivposten	179
1	Immaterielle Vermögensgegenstände	179
1.1	Bilanzierungsvorschriften	179
1.1.1	Grundsätzliches Bilanzierungsgebot	179
1.1.2	Bilanzierungsverbot	179
1.1.3	Entgeltlicher Erwerb eines immateriellen Wirtschaftsguts	180
1.2	Immaterielles Gesamtwirtschaftsgut	181
1.3	Immaterielle Einzelwirtschaftsgüter	181
2	Grundstücke und Gebäude	182
2.1	Allgemeines	182
2.2	Gebäudeteile	184
2.2.1	Grundsatz	184
2.2.2	Gebäudeteile als selbständige Wirtschaftsgüter	184
2.2.3	Einteilung eines Gebäudes nach Funktionszusammenhang (R 4.2 Abs. 4 EStR)	185
2.2.4	Zugehörigkeit von Grundstücken und Grundstücksteilen zum Betriebsvermögen von Einzelunternehmen	187
2.2.5	Zugehörigkeit von Grundstücken und Grundstücksteilen zum Betriebsvermögen von Personengesellschaften	188
2.2.6	Zugehörigkeit von Grundstücken und Grundstücksteilen zum Betriebsvermögen von Kapitalgesellschaften	190
2.2.7	Weitere Fälle zu R 4.2 EStR	191

3	Technische Anlagen, Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	193
3.1	Technische Anlagen und Maschinen	193
3.2	Betriebs- und Geschäftsausstattung	193
3.3	Geleistete Anzahlungen	193
3.4	Anlagen im Bau	193
4	Beteiligungen an Kapitalgesellschaften	193
4.1	Vorbemerkung	193
4.2	Begriff	194
4.3	Bewertung	194
4.3.1	Anschaffungskosten	194
4.3.2	Niedrigerer beizulegender Wert/Teilwert	194
4.4	Beteiligungserträge	195
4.4.1	Allgemeines	195
4.4.2	Höhe der Beteiligungserträge	195
5	Wertpapiere	196
5.1	Allgemeines	196
5.2	Zurechnung der Wertpapiere zum Betriebsvermögen	196
5.3	Anschaffungskosten	196
5.4	Niedrigerer Stichtagswert/Teilwert	196
5.4.1	Grundsatz	196
5.4.2	Ermittlung des niedrigeren Teilwerts	198
5.5	Einzelbewertung/Durchschnittsbewertung	199
5.6	Bezugsrechte und junge Aktien	200
5.7	Behandlung der Stückzinsen	201
5.8	Behandlung der Wertpapiererträge	201
5.8.1	Steuerliche Behandlung der Erträge aus Aktien	201
5.8.2	Buchhalterische Behandlung	202
5.8.3	Beteiligung einer Kapitalgesellschaft	202
5.8.4	Buchmäßige Behandlung der Erträge aus festverzinslichen Wertpapieren ..	203
6	Vorräte	204
6.1	Definition	204
6.2	Teilwertabschreibungen bei Warenvorräten	204
6.2.1	Teilwertabschreibung beim Sinken der Einkaufspreise	204
6.2.2	Teilwertabschreibung bei Unbrauchbarkeit oder Beschädigung der Ware ..	204
6.2.3	Teilwertabschreibung beim Sinken der Verkaufspreise	204
6.3	Verlustfreie Bewertung/retrograde Ermittlung des Teilwerts	205
6.4	Bewertungsvereinfachungsverfahren	206
6.4.1	Durchschnittsbewertung	206
6.4.2	Verbrauchsfolgeunterstellung	207
6.5	Festwert	210
6.5.1	Handelsrechtliche Regelung	210
6.5.2	Steuerrechtliche Regelung	210
7	Forderungen und ihre Bewertung	211
7.1	Forderungen im Anlagevermögen und Umlaufvermögen	211
7.2	Bewertung der Forderungen	211
7.2.1	Anschaffungskosten	211
7.2.2	Niedrigerer Stichtagswert/Teilwert	211

	7.2.3	Verrechnungsverbot	214
	7.2.4	Sonderfall der Forderung: Unfertige Bauten auf fremdem Grund und Boden	214
8		Bewertung von Fremdwährungsposten in der Bilanz	215
	8.1	Einleitung	215
	8.2	Bewertungsgrundsatz	215
	8.3	Zeitpunkt der Bewertung	216
	8.3.1	Devisenbestände und Konten in ausländischer Währung	216
	8.3.2	Forderungen und Verbindlichkeiten in ausländischer Währung	216
	8.3.3	In ausländischer Währung angeschaffte Vermögensgegenstände	217
	8.3.4	Schwebende Geschäfte	217
	8.4	Devisentermingeschäfte	218
	8.5	Geschlossene Position	220
	8.6	Wertpapiere in ausländischer Währung	221
IV		Rechnungsabgrenzungsposten	223
1		Aktive Rechnungsabgrenzung	223
2		Passive Rechnungsabgrenzung	223
3		Gemeinsame Voraussetzung für die Bildung von Rechnungsabgrenzungsposten	223
4		Spezialvorschriften	225
5		Damnum (Disagio)	226
V		Geringwertige Wirtschaftsgüter	227
VI		Einzelne Passivposten	231
1		Steuerfreie Rücklagen	231
	1.1	Übertragung stiller Reserven bei der Veräußerung bestimmter Anlagegüter (§ 6b EStG)	231
	1.1.1	Grundsatz	231
	1.1.2	Voraussetzungen	231
	1.1.3	Übertragung aufgedeckter stiller Reserven	232
	1.1.4	Bildung einer Rücklage	233
	1.1.5	Auflösung der Rücklage	235
	1.1.6	Gewinnzuschlag	235
	1.1.7	Übertragung von Gewinnen aus der Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften	235
	1.1.8	Übertragungsmöglichkeiten in personeller Hinsicht, insbesondere bei Mitunternehmern	238
	1.1.9	Aufgabe oder Veräußerung des Betriebs	240
	1.1.10	Fortführung der Rücklage bei der Realteilung von Personengesellschaften	240
	1.2	Übertragung stiller Reserven bei Ersatzbeschaffung (R 6.6 EStR)	240
	1.2.1	Voraussetzungen	240
	1.2.2	Höhere Gewalt/behördlicher Eingriff	241
	1.2.3	Entschädigung	241
	1.2.4	Übertragung aufgedeckter stiller Reserven	241
	1.2.5	Ersatzwirtschaftsgut	243
	1.2.6	Bildung einer Rücklage für Ersatzbeschaffung (RfE)	243
	1.2.7	Auflösung der Rücklage	244
	1.2.8	Aufgabe und Veräußerung des Betriebs	244

2	Rückstellungen	244
2.1	Allgemeines	244
2.2	Rückstellungen in der Handelsbilanz	245
2.2.1	Bilanzierungsvorschriften (§§ 249 und 274 Abs. 1 HGB)	245
2.2.2	Bewertungsvorschriften (§ 253 Abs. 1 S. 2 und Abs. 2 HGB)	245
2.3	Rückstellungen in der Steuerbilanz	245
2.3.1	Bilanzierungsvorschriften (Grundregel)	245
2.3.2	Gesetzliche Vorschriften über Rückstellungen im Steuerrecht	245
2.3.3	Bewertung von Rückstellungen in der Steuerbilanz (§ 6 Abs. 1 Nr. 3a EStG)	247
2.4	Spezielle Probleme bei der Bildung von Rückstellungen in der Steuerbilanz	249
2.4.1	Der Haupttyp: Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten	249
2.4.2	Rückstellung für öffentlich-rechtliche Verpflichtungen	250
2.5	Besondere Rückstellung in der Handelsbilanz	253
2.6	Verpflichtungsübernahmen	254
2.7	Auflösung der Rückstellung	256
3	Verbindlichkeiten	257
3.1	Verbindlichkeiten im Anlagevermögen und Umlaufvermögen	257
3.2	Bewertung der Verbindlichkeiten	257
3.2.1	Erfüllungsbetrag	257
3.2.2	Höherer Stichtagswert/Teilwert	258
3.2.3	Abgeld/Aufgeld	258
3.2.4	Verbindlichkeiten in ausländischer Währung	259
3.2.5	Abzinsung von Verbindlichkeiten	259
3.3	Bewertung von Rentenverbindlichkeiten	261
3.4	Saldierungsverbot	261
VII	Übertragung von Wirtschaftsgütern auf andere Betriebsvermögen	263
1	Grundsatz	263
2	Übertragungen in das Gesamthandsvermögen einer Personengesellschaft	263
3	Ergänzende Bestimmungen	266
3.1	Übertragung mit dem Buchwert	266
3.2	Übertragung mit dem Teilwert	266
4	Überführung von Wirtschaftsgütern zwischen dem inländischen Betriebsvermögen und einer ausländischen Betriebsstätte	267
4.1	Gesetzliche Regelung	267
4.2	Ausgleichsposten nach § 4g EStG	267
VIII	Technische Fragen	269
1	Notwendigkeit von Anpassungen	269
1.1	Betriebsvermögensvergleich	269
1.2	Die Zweischneidigkeit der Bilanz	269
1.3	Gewinnauswirkung von Bilanzberichtigungen auf das Ergebnis von zwei aufeinander folgenden Jahren	269
1.4	Gewinnauswirkung der Berichtigung von Entnahmen und Einlagen	270
2	Die »Mehr/Weniger«-Rechnung	271
2.1	Die Bilanzpostenmethode	271
2.2	Die G+V-Methode	272
2.3	Einzelfälle (gleichzeitig formale Darstellung)	272

	2.3.1	Erhöhung eines Aktivpostens	272
	2.3.2	Erhöhung eines Passivpostens	275
	2.3.3	Änderungen im »Privatbereich«	276
	2.3.4	Korrektur der nicht abzugsfähigen Betriebsausgaben gemäß § 4 Abs. 5, 5b und 7 EStG	277
	2.3.5	Zusammenfassung/Formular bei der Mehr/Weniger-Rechnung	278
3		Notwendigkeit der Anpassungen an die Prüferbilanz	280
	3.1	Allgemeines	280
	3.2	Anpassungsbuchungen in der Buchführung des geprüften Unternehmens	280
4		Bilanzberichtigung, Bilanzänderung und Bilanzenzusammenhang	285
	4.1	Bilanzberichtigung und Bilanzänderung	285
	4.1.1	Bilanzberichtigung nach § 4 Abs. 2 S. 1 EStG	286
	4.1.2	Bilanzänderung nach § 4 Abs. 2 S. 2 EStG	288
	4.2	Der Bilanzenzusammenhang und seine Durchbrechung	289
 B Besteuerung der Personengesellschaft als Mitunternehmerschaft			291
 I Grundfragen zur Mitunternehmerschaft inklusive Einkunftsermittlung			293
1		Die Personengesellschaft im Steuerrecht – Überblick	293
2		Mitunternehmerschaft vs. Personengesellschaft und andere Begrifflichkeiten	295
	2.1	Mitunternehmerschaft und Personengesellschaften	295
	2.2	Begrifflichkeiten und kohärente Rechtsinstitute	296
	2.2.1	Die Gesamthand	296
	2.2.2	Kapitalanteil, Vermögenswert und Gesellschaftsanteil	296
	2.2.3	Eine Personengesellschaft – eine Mitunternehmerschaft – ein Gewerbebetrieb?	297
3		Transparenzgrundsatz und Besteuerung gemäß § 15 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 EStG	297
	3.1	Einführung	297
	3.2	Ebene der Mitunternehmerschaft	298
	3.2.1	Die gewerblich tätige Mitunternehmerschaft	299
	3.2.2	Die gewerblich geprägte Personengesellschaft	302
	3.2.3	Die weder gewerblich tätige noch gewerblich geprägte Personengesellschaft mit gewerblicher Beteiligung	304
	3.3	Ebene der Gesellschafter (Mitunternehmer-Initiative und Mitunternehmer-Risiko) ..	307
	3.3.1	Mitunternehmer-Initiative	307
	3.3.2	Mitunternehmer-Risiko	308
	3.3.3	Einzelfälle	308
	3.3.4	Die verdeckte Mitunternehmerschaft	310
	3.3.5	Die doppelstöckige (mehrstöckige) Personengesellschaft	311
	3.3.6	Der Nießbrauch an der Beteiligung	316
4		Technik des Transparenzgrundsatzes: Die Gewinnkomponenten der Mitunternehmer	317
	4.1	Einführung: Zweistufige Gewinnermittlung	317
	4.2	Der Hintergrund der Regelung	317
	4.2.1	»Gewinnanteil«	317
	4.2.2	Vergütungen für Tätigkeit im Dienst der Personengesellschaft und für die Überlassung von Wirtschaftsgütern	318

	4.2.3	Die Ergänzungsbilanz	320
	4.2.4	Ein Problemfall: Die Tätigkeitsvergütung als Sonder-Betriebseinnahme, Gewinnvorweg oder Entnahme?	321
5		»Mehr- und Weniger-Rechnung« bei der Personengesellschaft (Mitunternehmerschaft)	325
II		Das Betriebsvermögen und die Ermittlung des laufenden Gewinns bei der Mitunternehmerschaft	327
1		Übersicht zur Gewinnermittlung bei der Mitunternehmerschaft – Schema	327
2		Die Gewinnermittlung auf der ersten Stufe (I): Das Steuerergebnis der Gesamthand	328
	2.1	Die Steuerbilanz der Gesamthand	328
	2.2	Auswirkungen für die Gewinnermittlung	329
	2.3	Geänderte Gewinnverteilung, insbesondere bei späteren Betriebsprüfer- Feststellungen	331
3		Die Ergänzungsbilanz: Individueller Anteil am Gesamthandsergebnis	332
4		Das Sonder-Betriebsvermögen und die Sonderbilanz	334
	4.1	Übersicht	334
	4.2	Das Sonder-Betriebsvermögen I	335
	4.2.1	Der Grundtatbestand	335
	4.2.2	Das Konkurrenzproblem mit dem eigenen Betriebsvermögen	337
	4.2.3	Die spezielle Gewinnermittlung beim Sonder-Betriebsvermögen I	338
	4.3	Das Sonder-Betriebsvermögen II	342
	4.3.1	Der Grundtatbestand	342
	4.3.2	Anwendungsfälle zum notwendigen und gewillkürten Sonder- Betriebsvermögen II	343
	4.3.3	Sonderbetriebsvermögen über die Grenze	344
	4.4	Verfahrensrechtliche Fragen	344
III		Die Doppelgesellschaften im Konzept der Mitunternehmer-Besteuerung	347
1		Klarstellung	347
2		Die GmbH & Co. KG	347
	2.1	Grundsatzverständnis und Erscheinungsformen	347
	2.1.1	Zivilrechtliche Grundlagen, insbesondere bei Errichtung der GmbH & Co. KG	348
	2.1.2	Erscheinungsformen der GmbH & Co. KG	349
	2.1.3	Das dogmatische Grundmuster im Steuerrecht	349
	2.2	Die Gewinnermittlung bei der GmbH & Co. KG	352
	2.2.1	Die Grundaussage	352
	2.2.2	Die Familien-GmbH & Co. KG	354
	2.2.3	Die GmbH & Co. KG und gewerblicher Grundstückshandel	355
	2.2.4	Die »Einmann«-GmbH & Co. KG	355
	2.3	Das Betriebsvermögen bei der GmbH & Co. KG	355
	2.3.1	Die Handelsbilanz-Besonderheiten	355
	2.3.2	Das steuerliche Betriebsvermögen	356
	2.4	Besonderheiten	358
	2.4.1	Die einheitliche GmbH & Co. KG	358
	2.4.2	Die Anteilsveräußerung	359
	2.4.3	Die verdeckte Gewinnausschüttung bei der GmbH & Co. KG	361
	2.4.4	Entnahmen und Einlagen bei der GmbH & Co. KG	363

2.5	Die »Körperschaftsklausel«	363
2.6	Ausländische KapG im Sonder-BV einer GmbH & Co. KG	364
3	Die (atypisch) stille Gesellschaft, insbesondere die GmbH & atypisch still	364
3.1	Die Grundaussage zur stillen Gesellschaft	364
3.1.1	Die Unterscheidung zwischen typisch und atypisch stiller Gesellschaft	364
3.1.2	Die stille Beteiligung und deren Veräußerung	368
3.2	Die GmbH & atypisch still – ein Kind der Praxis	369
3.3	Optionen der GmbH & atypisch still	371
4	Die Betriebsaufspaltung	372
4.1	Kennzeichen der Betriebsaufspaltung und Gestaltungsmöglichkeiten	372
4.1.1	Betriebsaufspaltung und § 1a KStG	374
4.1.2	Weitere Hinweise	374
4.2	Steuerrechtliche Gestaltungsparameter (Voraussetzungen) bei der Betriebsaufspaltung	374
4.2.1	Die erste Voraussetzung: Die sachliche Verflechtung	375
4.2.2	Die personelle Verflechtung	378
4.3	Die steuerlichen Folgen der Betriebsaufspaltung	385
4.3.1	Begründung der Betriebsaufspaltung (der Weg in die Betriebsaufspaltung)	385
4.3.2	Laufende Besteuerung – Chancen und Gefahren	388
4.3.3	Beendigung der Betriebsaufspaltung	393
4.4	Besondere Erscheinungsformen der Betriebsaufspaltung	394
4.4.1	Die umgekehrte Betriebsaufspaltung	394
4.4.2	Die kapitalistische Betriebsaufspaltung	395
4.4.3	Die mitunternehmerische Betriebsaufspaltung	396
4.4.4	Sonstige Fälle	397
4.4.5	Die unerkannte Betriebsaufspaltung (bzw. die Betriebsaufspaltung in der Außenprüfung)	398
4.4.6	Der Weg aus der Betriebsaufspaltung	398
5	Die KGaA und neuere Typenverbindungen	398
5.1	Die Kapitalgesellschaft-KGaA bzw. die GmbH & Co. KGaA	399
5.2	Die Stiftung & Co. KG	400
IV	Anfang und Ende einer Personengesellschaft	401
1	Gründung einer Personengesellschaft	401
1.1	Sacheinlage aus dem Privatvermögen	401
1.1.1	Sonderfall: Sacheinlage auf vermögensverwaltende Personengesellschaft	403
1.1.2	Die Übersicht zu den Einlagen (aus dem Privatvermögen)	403
1.2	Sacheinlage aus dem Betriebsvermögen – Einzel-Wirtschaftsgüter	405
2	Der Sonderfall: Die Einbringung nach § 24 UmwStG	407
2.1	Überleitung von der Sacheinlage (Einzel-Wirtschaftsgüter) zur Einbringung funktioneller Einheiten (Betrieb usw.)	407
2.1.1	Einführung	407
2.1.2	Abgrenzung zu ESt-Vorschriften	409
2.1.3	Die Voraussetzungen des § 24 UmwStG	410
2.1.4	Rechtsfolgen der Einbringung	412
2.1.5	Ausübung des Wertansatzes über Ergänzungsbilanzen	412

2.1.6	Änderungen des § 24 UmwStG aufgrund des SEstEG (2006) sowie des JStG 2009	413
2.1.7	Gegenstand der Einbringung und Voraussetzung für das Wahlrecht	415
2.2	Einführender Fall zu § 24 UmwStG	417
2.3	Das Wahlrecht und die unterschiedliche Interessenlage	418
2.3.1	Grundsätzliche Überlegungen	418
2.3.2	Ein schematischer Überblick	420
2.4	Variante – gemeiner Wert	421
2.4.1	Folge für die offene Handelsgesellschaft	421
2.4.2	Folge für den Einbringenden	421
2.5	Buchwertvariante	422
2.5.1	Die erste Buchwertvariante (die sog. Netto-Methode: Kapitalkontenanpassung)	422
2.5.2	Die zweite Buchwertvariante (die sog. Brutto-Methode)	423
2.6	Zwischenwertvariante	424
2.7	Spezialprobleme bei § 24 UmwStG	424
2.7.1	Zuzahlung in das Privatvermögen des bisherigen Einzelunternehmers	425
2.7.2	Die unentgeltliche Aufnahme eines Partners: Fall des § 24 UmwStG?	429
2.8	Zusammenfassung der Rechtsfolgen für die Personengesellschaft	429
2.9	Zusammenstellung der denkbaren Fälle zu § 24 UmwStG	430
3	Die laufende Besteuerung der Personengesellschaft	430
4	Die Auflösung der Personengesellschaft	430
5	Die Realteilung der Personengesellschaft	431
5.1	Historische Einleitung und gesellschaftsrechtlicher Hintergrund	431
5.2	Tatbestand und Rechtsfolgen bei einer Realteilung von steuerfunktionalen Einheiten	434
5.2.1	Die Grundaussage	434
5.2.2	Weitere bilanztechnische Folgen	435
5.3	Einzelwirtschaftsgüter als Teilungsmassen	436
5.4	Der Mitunternehmeranteil als Teilungsgegenstand	437
5.5	Realteilung mit Spitzenausgleich	438
5.6	Folgewirkungen bei der Realteilung	440
5.7	Auswirkungen auf andere Steuern	440
V	Die Beteiligung an einer Personengesellschaft inklusive Personenstandsänderungen, insbesondere die Veräußerung	441
1	Einführung	441
2	Die Bilanzierung der Beteiligung	442
2.1	Die Beteiligung in der Handelsbilanz	443
2.2	Die Beteiligung in der Steuerbilanz (aktuelle Rechtslage 2023)	444
3	Der Eintritt in die Personengesellschaft	446
4	Die Veräußerung der Beteiligung (§ 16 Abs. 1 Nr. 2 EStG)	446
4.1	Grundtatbestand und Modalitäten	446
4.1.1	Das Sonder-Betriebsvermögen bei § 16 Abs. 1 Nr. 2 EStG	447
4.1.2	Bruchteilsveräußerung von Mitunternehmeranteilen	448
4.1.3	Veräußerungsvorgang und -zeitpunkt	449
4.2	Die Besteuerung beim Veräußerer	450
4.3	Auswirkungen auf die Personengesellschaft und den Neugesellschafter	451

	4.3.1	Zu- und Abschreibung (?) in der Ergänzungsbilanz des Erwerbers	451
	4.3.2	Fortschreibung der Ergänzungsbilanz	453
	4.3.3	Besonderheiten	455
5		Das Ausscheiden durch An-/Abwachsung	458
	5.1	Die An-/Abwachsung als Anwendungsfall des § 16 Abs. 1 Nr. 2 EStG	458
	5.2	Problemfelder beim Ausscheiden	460
	5.3	Die Sachwertabfindung als besondere Form der Abfindungsvereinbarung	462
	5.4	Das Anwachsungsmodell	463
	5.5	Veräußerung bei vermögensverwaltender PersG	464
6		Die Vererbung	464
VI		Sonderfragen	465
1		Inter-/intrasubjektive Übertragungen von Wirtschaftsgütern bei einer Mitunternehmerschaft	465
2		§ 35 EStG im Recht der Personengesellschaften	467
	2.1	Grundlagen	467
	2.2	Persönlicher und sachlicher Anwendungsbereich – allgemein	468
	2.3	Besonderheiten (Steuerermäßigung) bei Mitunternehmerschaften	469
	2.3.1	Einheitliche und gesonderte Feststellung (§ 35 Abs. 2 S. 1 EStG)	469
	2.3.2	Gewinnverteilungsschlüssel (§ 35 Abs. 2 S. 2 EStG)	470
	2.3.3	Aufteilung bei Auslandsbeteiligungen (§ 35 Abs. 2 S. 3 EStG)	471
	2.3.4	Mehrstöckige Personengesellschaften (§ 35 Abs. 2 S. 5 EStG)	471
	2.3.5	Gewerbesteuer-Messbetrag bei unterjähriger Unternehmensübertragung und Gesellschafterwechsel	472
3		Die Thesaurierungsbegünstigung (ab 2008)	473
	3.1	Die Intention des Unternehmenssteuerreformgesetzes (2008)	473
	3.2	Die Regelung im Überblick	474
	3.2.1	Systematische Einordnung	474
	3.2.2	Regelungsinhalt des § 34a EStG	474
	3.3	Die Tatbestandsmerkmale für den »nicht entnommenen Gewinn«	475
	3.3.1	Nicht entnommener Gewinn (Rz. 11 – 21 BMF)	475
	3.3.2	Steuerfreie Gewinnanteile (Rz. 17 und 18 BMF)	477
	3.3.3	Nicht abzugsfähige Betriebsausgaben (Rz. 16 BMF)	478
	3.3.4	Gewinneinkünfte	479
	3.3.5	Ausnahme für Veräußerungsgewinne (Rz. 4 – 6 BMF)	479
	3.3.6	Antragsrecht	479
	3.3.7	Die persönliche Steuerpflicht	480
	3.4	Die Nachversteuerung	480
	3.4.1	Der nachversteuerungspflichtige Betrag (Rz. 23 ff. BMF)	480
	3.4.2	Nachversteuerungsbetrag (Rz. 27 ff. BMF)	482
	3.4.3	Übertragung und Überführung von Wirtschaftsgütern (Rz. 32 ff. BMF)	484
	3.4.4	Steuersatz bei der Nachversteuerung	485
	3.4.5	Nachversteuerung in sonstigen Fällen	485
	3.5	Besonderheiten	486
	3.5.1	Unentgeltliche Übertragung und Einbringung gem. § 24 UmwStG (Rz. 47 BMF)	486
	3.5.2	Negative Einkünfte	486
	3.5.3	Zuständigkeitsregelungen und Verfahrensvorschriften	486
	3.5.4	Vorauszahlungen	487

4	§ 15 Abs. 1 Nr. 2 EStG und das SEStEG	487
VII	Das KöMoG	489
1	Überblick	489
2	Voraussetzungen der Option	489
3	Vorhandenes Sonder-BV bei der optierenden KG	489
4	Rechtsfolgen	490
	4.1 Leistungsaustauschbeziehungen	490
	4.2 Beteiligungen an optierenden KG	490
5	Empfehlung	490
6	Umkehrung des Optionsmodells	491
VIII	Das MoPeG	493
1	Überblick und Historie (Auszug aus Pressemitteilung des Bundesministeriums der Justiz, 20.04.2020)	493
2	Rechtsfähige versus nicht rechtsfähige Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)	493
	2.1 Die rechtsfähige GbR	493
	2.2 Die nicht rechtsfähige GbR	494
3	Registrierung der rechtsfähigen GbR	494
4	Beibehaltung der Gestaltungsfreiheit von Gesellschaftsverträgen	495
5	Öffnung der Personenhandelsgesellschaften für Freiberufler	495
6	Sitzwahlrecht	495
7	Beschlussmängelrecht	495
8	Neukonzeptionierung des Gesellschaftsvermögens einer GbR (Aufgabe der Gesamthand) ...	496
9	Haftung	496
10	Ausscheiden und Auflösung der GbR	497
	C Körperschaftsteuerrecht	499
I	Grundlagen der Besteuerung von Körperschaften	501
1	Das Prinzip des Anrechnungsverfahrens	501
2	Das Prinzip der anteiligen Doppelbelastung	501
3	Die Prinzipien der Unternehmenssteuerreform 2008	503
II	Die persönliche Körperschaftsteuerpflicht	505
1	Die persönliche Steuerpflicht von Körperschaften und Sondervermögen	505
	1.1 Überblick	505
	1.2 Körperschaftsteuerpflicht eines Vereins	506
	1.3 Option zur Körperschaftsteuer (§ 1a KStG)	507
2	Die persönliche Steuerpflicht von Kapitalgesellschaften	509
	2.1 Beginn und Ende der unbeschränkten Steuerpflicht	509
	2.1.1 Grundlagen	509
	2.1.2 Beginn der unbeschränkten Steuerpflicht	510
	2.1.3 Ende der unbeschränkten Körperschaftsteuerpflicht	511
	2.2 Folge der unbeschränkten Steuerpflicht	512
	2.3 Beschränkte Steuerpflicht von Kapitalgesellschaften	512
	2.4 Beschränkte Steuerpflicht sonstiger Körperschaften	512

3	Besteuerung der öffentlichen Hand	513
3.1	Überblick	513
3.2	Tatbestandsmerkmale des Betriebes gewerblicher Art	513
3.3	Rechtsfolgen der wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand	514
4	Besteuerung von steuerbegünstigten Körperschaften	517
4.1	Überblick	517
4.2	Voraussetzung der Steuerbefreiung	518
4.2.1	Formale Anforderungen	518
4.2.2	Materielle Anforderungen	519
4.3	Rechtsfolgen	520
4.3.1	Umfang der Steuerbefreiung	520
4.3.2	Steuerfolge	522
III	Die sachliche Körperschaftsteuerpflicht	525
1	Überblick	525
2	Ermittlung des Einkommens einer Kapitalgesellschaft	525
2.1	Veranlagungszeitraum und Einkommens-Ermittlungszeitraum	525
2.2	Ermittlung des zu versteuernden Einkommens	526
3	Körperschaftsteuerliche Besonderheiten	528
3.1	Überblick	528
3.2	Beteiligungsergebnisse	529
3.2.1	Kürzungen der Beteiligungserträge	529
3.2.2	Nicht abzugsfähige Gewinnminderungen aus Beteiligungen	531
3.2.3	Nicht abzugsfähige Betriebsausgaben	532
3.2.4	Sonderproblem: Anteilsveräußerungen nach vorangegangener Einbringung	534
3.3	Sonstige Hinzurechnungen und Kürzungen	538
3.3.1	Nicht abzugsfähige Aufwendungen	538
3.3.2	Gewinnanteile an den Komplementär einer Kommanditgesellschaft auf Aktien	539
3.3.3	Abziehbare Spenden	540
3.4	Unternehmensfremdfinanzierung	540
3.4.1	Grundfragen der Regelung	540
3.4.2	Grundtatbestand des § 4h EStG	541
3.4.3	Zinsvortrag und EBITDA-Vortrag	543
3.4.4	Ausnahmen und Rückausnahmen	544
4	Verdeckte Gewinnausschüttungen (vGA)	547
4.1	Überblick	547
4.2	Abgrenzung offene Gewinnausschüttung und verdeckte Gewinnausschüttung	550
4.3	Grundlagen der verdeckten Gewinnausschüttung	550
4.3.1	Tatbestand der verdeckten Gewinnausschüttung	550
4.3.2	Erscheinungsformen der verdeckten Gewinnausschüttung und Konkurrenzen	554
4.4	Rechtsfolgen der verdeckten Gewinnausschüttung	557
4.4.1	Überblick	557
4.4.2	Rechtsfolgen bei der Kapitalgesellschaft	558
4.4.3	Rechtsfolgen beim Anteilseigner	563

4.5	Einzelfälle	566
4.5.1	Verstoß gegen das Wettbewerbsverbot/Geschäftschancenlehre	566
4.5.2	Geschäftsführer-Vergütung (außer Pensionszusagen)	569
4.5.3	Pensionszusagen	576
4.5.4	Risikogeschäfte	582
5	Verdeckte Einlagen	583
5.1	Überblick	583
5.2	Begriff der verdeckten Einlage	585
5.3	Rechtsfolgen der verdeckten Einlage	587
5.3.1	Rechtsfolgen auf der Ebene der Kapitalgesellschaft	587
5.3.2	Rechtsfolgen auf der Ebene des Anteilseigners	589
5.4	Einzelfälle	591
5.4.1	Forderungsverzicht	591
5.4.2	Verzicht auf eine Pensionszusage	593
5.4.3	Zuwendung von Vorteilen an Schwestergesellschaften	594
5.4.4	Verdeckte Einlage von nahe stehenden Personen	595
6	Materielles und formelles Korrespondenzprinzip	596
6.1	Ausgangslage und Problem	596
6.2	Das formelle und materielle Korrespondenzprinzip bei verdeckten Gewinnausschüttungen	597
6.2.1	Grundtatbestand und Grundfälle	597
6.2.2	Systematische Schwächen	598
6.3	Formelle und materielle Korrespondenz bei verdeckten Einlagen	599
6.4	Korrespondenz in Dreiecksverhältnissen	600
IV	Die steuerliche Behandlung der Ergebnisverwendung bei Kapitalgesellschaften	603
1	Überblick	603
2	Steuerliche Folgen der Gewinnthesaurierung	603
2.1	Rechtsfolgen in der Übergangszeit (bis 2006)	603
2.2	Rechtsfolgen ab der Umstellung (ab 2007)	603
3	Besonderheiten bei Gewinnausschüttungen	603
4	Steuerliche Folgen von Verlusten	605
4.1	Grundlagen	605
4.2	Verlustvortrag ab dem Veranlagungszeitraum 2004 (Korb II-Gesetz) – Überblick	606
4.3	Die neue Verlustabzugsbeschränkung des § 8c KStG – Überblick	606
4.3.1	Vom Mantelkauf zum schädlichen Beteiligungserwerb	606
4.3.2	Grundsystematik des § 8c KStG	608
4.3.3	Abmilderungen der Vorschrift	608
V	Die Bedeutung der Organshaft	611
1	Überblick	611
2	Gesellschaftsrechtliche Grundlagen der Organshaft	611
3	Steuerrechtliche Voraussetzungen der Organshaft	612
3.1	Organgesellschaft und Organträger	612
3.2	Finanzielle Eingliederung	613
3.3	Ergebnisabführungsvertrag	615

4	Einkommensermittlung bei der Organschaft	618
4.1	Überblick	618
4.2	Einkommensermittlung der Organgesellschaft	618
4.3	Einkommensermittlung des Organträgers	623
5	Besonderheiten der Organschaft	627
5.1	Vorzeitige Beendigung von Organschaften und verunglückte Organschaft	627
5.2	Besteuerung von Ausgleichszahlungen	628
5.3	Verfahrensrechtliche Besonderheiten bei der Organschaft	629
VI	Die steuerliche Behandlung von Kapitalmaßnahmen	631
1	Die Behandlung von Kapitalerhöhungen	631
1.1	Gesellschaftsrechtliche Grundlagen der Kapitalerhöhung	631
1.2	Steuerliche Besonderheiten der Kapitalerhöhung	632
2	Die Behandlung der Kapitalherabsetzung	633
2.1	Die gesellschaftsrechtlichen Grundlagen der Kapitalherabsetzung	633
2.2	Steuerliche Besonderheiten der Kapitalherabsetzung	633
2.2.1	Behandlung der Kapitalherabsetzung nach Systemwechsel	634
2.2.2	Vereinfachte Kapitalherabsetzung ohne Auskehrung von Vermögen	634
3	Die steuerliche Behandlung der Liquidation	635
3.1	Gesellschaftsrechtliche Grundlagen der Liquidation	635
3.2	Besonderheiten der Liquidation auf Gesellschaftsebene	636
3.2.1	Systematische Grundlagen	636
3.2.2	Einkommensermittlung im Abwicklungszeitraum	636
3.3	Besonderheiten auf der Ebene des Anteilseigners	638
3.3.1	Systematische Grundlagen	638
3.3.2	Behandlung eines Auflösungsverlustes	638
D	Umwandlungssteuerrecht	639
I	Zivilrechtliche Grundlagen der Umwandlung	641
1	Allgemeines	641
2	Fälle der Verschmelzung	641
2.1	Beteiligte Rechtsträger	642
2.2	Weitere Voraussetzungen	643
2.3	Die Grundentscheidungen des Umwandlungsgesetzes	644
II	Steuerrechtliche Grundlagen der Umwandlung	647
1	Aufbau und Rechtsquellen	647
1.1	Allgemein	647
1.2	Geltungsbereich des Umwandlungssteuergesetzes	648
2	Zeitliche Anwendung des Umwandlungssteuergesetzes	650
3	Steuerliche Rückwirkung	650
3.1	Grundzüge, insbesondere zum Übertragungsstichtag	650
3.2	Von der Rückwirkung erfasste Steuerarten	653
3.3	Folgerungen aus der Rückwirkung	653
3.3.1	Leistungsbeziehungen zwischen den beteiligten Rechtsträgern und ihren Gesellschaftern	653

3.3.2	Gewinnausschüttungen	654
3.3.3	Ausnahmen der steuerlichen Rückwirkung	655
III	Umwandlung von der Kapitalgesellschaft auf die Personengesellschaft	659
1	Steuerliche Regelungen für den übertragenden Rechtsträger – Ermittlung des Übertragungsgewinns	659
1.1	Ansatz mit dem gemeinen Wert	660
1.2	Ansatz mit dem Buchwert/Zwischenwert	661
2	Steuerliche Regelungen für den übernehmenden Rechtsträger – Ermittlung des Übernahmeergebnisses bzw. eines Beteiligungskorrekturgewinns	663
2.1	Wertansatz und Rechtsnachfolge	663
2.2	Beteiligungskorrekturgewinn	666
2.3	Übernahmeergebnis (§§ 4 Abs. 4, 5 UmwStG): Übernahmegewinn/ Übernahmeverlust	667
2.3.1	Übernahmeergebnis Stufe I – Anschaffungs-, Einlage- und Überführungsfiktion	668
2.3.2	Übernahmeergebnis Stufe II – Besteuerung der offenen Rücklagen	669
2.4	Behandlung des Übernahmeverlustes	672
2.5	Besteuerung des Übernahmegewinns	673
3	Gewinnerhöhung und -minderung durch Vereinigung von Forderungen und Verbindlichkeiten – Übernahmefolgeergebnis	674
4	Besteuerung nicht wesentlich beteiligter Anteilseigner	675
5	Vermögensübergang auf eine natürliche Person	676
6	Umwandlung von der GmbH in die GmbH & Co. KG	676
7	Formwechsel von einer Kapitalgesellschaft in eine Personengesellschaft	678
IV	Verschmelzung von Kapitalgesellschaften	679
1	Steuerliche Behandlung beim übertragenden Rechtsträger	680
1.1	Ansatz mit dem gemeinen Wert	680
1.2	Ansatz mit dem Buchwert/Zwischenwert	681
1.3	Beteiligungskorrekturgewinn	683
2	Steuerliche Behandlung beim übernehmenden Rechtsträger – Ermittlung des Übernahmeergebnisses bzw. eines Beteiligungskorrekturgewinns	684
2.1	Wertansatz und Rechtsnachfolge	684
2.2	Beteiligungskorrekturgewinn	685
2.3	Übernahmeergebnis und dessen Besteuerung	686
3	Gewinnerhöhung und -minderung durch Vereinigung von Forderungen und Verbindlichkeiten – Übernahmefolgeergebnis	691
4	Auswirkungen auf den steuerlichen Eigenkapitalausweis: Nennkapitalherabsetzung beim übertragenden Rechtsträger und Nennkapitalerhöhung beim aufnehmenden Rechtsträger	691
5	Besteuerung der Anteilseigner der übertragenden Kapitalgesellschaft	693
5.1	Anwendung des § 13 UmwStG	693
5.2	Bestimmung des fiktiven Veräußerungspreises	694
5.3	Besteuerung des (fiktiven) Veräußerungsgewinns/-verlusts	694
V	Spaltung	697
1	Bilanzielle Darstellung der Spaltung	698
2	Spaltung im Steuerrecht	700

3	Steuerliche Regelungen für den übertragenden Rechtsträger – Ermittlung des Übertragungsgewinns	700
3.1	Ansatz mit dem gemeinen Wert	700
3.2	Ansatz mit dem Buchwert/Zwischenwert	700
3.2.1	Definition des Teilbetriebs	701
3.2.2	Missbrauchstatbestände des § 15 Abs. 2 UmwStG	703
3.3	Beteiligungskorrekturgewinn	705
3.4	Minderung von Steuerkapazitätspositionen	705
4	Steuerliche Behandlung beim übernehmenden Rechtsträger – Ermittlung des Übernahmeergebnisses bzw. eines Beteiligungskorrekturgewinns	705
5	Auswirkungen auf den steuerlichen Eigenkapitalausweis	706
6	Besteuerung der Anteilseigner der übertragenden Kapitalgesellschaft	706
VI	Einbringung in eine Kapitalgesellschaft	711
1	Steuerliche Ansätze bei der Kapitalgesellschaft	713
2	Veräußerungspreis und Anschaffungskosten bei der Einbringung	717
3	Zeitpunkt der Einbringung und Rückwirkung	719
3.1	Besteuerung der Anteilseigner	724
3.2	Veräußerungen von Anteilen aus einer Anteilseinbringung (§ 22 Abs. 2 UmwStG) ...	726
3.3	Nachweispflicht über das Halten von Anteilen	728
3.4	Rechtsfolgen bei der übernehmenden Gesellschaft	728
VII	Formwechsel	731
	Stichwortverzeichnis	733